

Information der betroffenen Personen

Verantwortlicher:

Stadt Bassum, Alte Poststraße 10, 27211 Bassum (Deutschland)

04241 / 84-0, info@stadt.bassum.de, <http://www.bassum.de>

Gesetzlicher Vertreter:

Bürgermeister Christian Porsch, E-Mail: bgm@stadt.bassum.de

Datenschutzbeauftragter:

Marc Friedrich, Tel: 04271 / 1000-201, E-Mail: friedrich@krk-computersysteme.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Erfüllung gesetzl. Aufgaben / Beitragserhebungspflicht / Vermögensbetreuungspflicht

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO erforderlich (

§ 127 ff Baugesetzbuch und § 6 Nds. Kommunalabgabengesetz in Verbindung mit der Erschließungs- und Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Bassum)

Kategorien von Empfängern:

Intern (Fachbereich 3 Bauwesen Fachbereich 2 Finanzen)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Festsetzung der Beiträge hat eine Aufbewahrungsfrist von 30 Jahren bzw. dauerhaft.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über die betroffene Person ist teilweise gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Die Nichtbereitstellung führt zu einer Verletzung der Beitragserhebungspflicht.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.